

Fritz

Junge Zeitschrift für Ostpreußen

1/2011

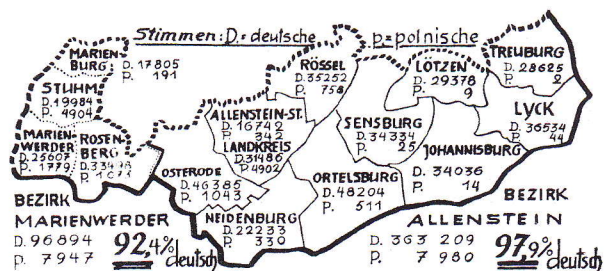
Masuren –
seine Menschen und
ihre Identität vor 1920
Verbandsarbeit
im Rückblick



Bund Junges Ostpreußen

Masuren – seine Menschen und ihre Identität vor 1920

Von Jochen Zauner



Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 im südlichen Ostpreußen war an Eindeutigkeit nicht zu überbieten. Sowohl evangelische Masuren als auch römisch-katholische Ermländer hatten ein unmißverständliches Bekenntnis zu ihrer deutsch-ostpreußischen Heimat abgelegt. Wie jedoch hatte die polnische Delegation in Versailles überhaupt Zweifel an der Loyalität der Menschen in dem Gebiet von Osterode bis Treuburg säen können?

„Die Wildnis“

Die ersten historisch dokumentierten Einwohner des Landes zwischen Weichsel und Memel waren die baltischen Prußen, Ostpreußens Ureinwohner. Im frühen 13. Jh. eroberte der Deutsche Orden das Gebiet. Dies geschah ironischerweise auf Bitten des polnischen Herzogs Konrad von Masowien, der sich 1225 von den prußischen Stämmen unmittelbar bedroht sah. Diese hatten sich gegen die von polnischen Fürsten unterstützten, gewaltsamen Christianisierungsversuche des Zisterzienserordens zur Wehr gesetzt und eine Gegenoffensive begonnen, unter der Konrad besonders zu leiden hatte. Während sich der größte Teil des daraufhin etablierten Ordensstaates allmählich durch deutsche Besiedlung und Assimilierung zu einer deutschsprachigen Provinz wandelte, blieb das südliche Drittel des Landes, das in zeitgenössischen Karten einfach als „Die Wildnis“ bezeichnet wurde, eine von tiefen Wäldern und Sümpfen ge-

prägte, zumeist unbesiedelte Gegend, die auch als Schutzbarriere nach Süden und Osten fungierte.



Die Wildnis Ostpreußens

Erst im 14. Jh. stand der Orden einem wachsenden Druck aus Polen und Litauen gegenüber und sah die Notwendigkeit, die Besiedlung Masurens voranzutreiben. Zu dieser Zeit war die deutsche Ostsiedlung jedoch insbesondere in Folge der Pest bereits merklich abgeebbt. Trotz lukrativer Bedingungen verlief der Zuzug deutscher Einwanderer nur schleppend. Die späteren Kreise Lyck und Treuburg blieben so bis Mitte des 15. Jhs. unbesiedelt, so daß der Orden auch Menschen aus dem benachbarten Masowien aufnahm.

An der Besiedlung Masurens hielten Prußen, deutschsprachige und polnischsprachige Siedler gleichermaßen ihren Anteil. Spätestens seit dem Zweiten Thorner Frieden 1466, 56 Jahre nach der Niederlage des Deutschen Ordens in der Schlacht bei Tannenberg, verfestigte sich jedoch die Dominanz der polnisch-masurischen Sprache, die den Süden Ostpreußens bis ins 20. Jh. nachhaltig prägte.¹

Das Herzogtum Preußen als Lehen des polnischen Königs

In Krakau wurden im Jahr 1525 die Teilung Preußens und sein Lehensverhältnis zur polnischen Krone festgelegt. Mit dem Herzogtum Preußen entstand zum ersten Mal seit der Reformation eine Lehensbeziehung zwischen einem katholischen Herrscher und einem protestantischen Fürsten und zum ersten Mal überhaupt ein protestantischer Staat. Die konfessionelle Ausrichtung sollte für die Menschen Masurens identitätsprägend sein. Die Verbreitung der reformatorischen Ideen im ganzen Land fand über die Verkündigung des Evangeliums in der Muttersprache der Bewohner statt, wobei die wichtigsten Werke Luthers

unter Herzog Albrecht demnach nicht nur in deutscher Sprache zugänglich gemacht wurden. Übersetzungen gab es auch ins Polnische, Litauische und sogar ins Preußische, welches erst Ende des 17. Jhs. ausstarb. Anders als die traditionelle deutsche Geschichtsschreibung ist der Historiker Andreas Kossert der Auffassung, daß die konfessionellen Gegebenheiten noch zu keiner bedeutenden Abwendung von Polen geführt haben. Zur Begründung führt er hierbei den Umstand an, daß Königsberg und Masuren eine wichtige Rolle für die Verbreitung reformatorischer Schriften im polnischen Bereich und den dortigen Buchdruck insgesamt gespielt haben. Ob diese wirtschaftliche Beziehung dafür als Beleg gelten kann, kann zumindest angezweifelt werden. Vielmehr ist die Ausfuhr religiöser Schriften eher ein Indiz dafür, daß die konfessionelle Trennung schon verhältnismäßig klar entwickelt war und die wenigen polnischen Protestanten auf Importe aus Ostpreußen angewiesen waren.

Nach 1525 nahm auch der Einfluß des preußischen Adels in der Gesellschaft des Herzogtums zu. Landgüter in größerer Anzahl fanden sich jedoch nur in näherer Nachbarschaft zu deutschsprachigen Gebieten. Adelige deutscher Herkunft waren in Masuren selten. Der polnisch-masurische Sprachraum in Ostpreußen erlebte im 17. Jh. seine größte Ausdehnung.

Für den preußischen Staat stellte das Jahr 1657 einen entscheidenden Einschnitt dar. 1655 hatte sich Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der Große Kurfürst, Schwedens König Karl X. Gustav in einem Kriegszug gegen Polen in der Hoffnung angeschlossen, die polnische Lehenshoheit abwerfen zu können. Zwar mußte er sich dafür zunächst der schwedischen Lehensherrschaft unterstellen, jedoch konnte



Friedrich Wilhelm I. erreichte die Unabhängigkeit Preußens

er diese schon 1656 nach dem preußisch-schwedischen Krieg im Vertrag von Labiau auflösen. Kurzerhand stellte sich der Kurfürst daraufhin mit Rußland und Polen gegen Schweden und erhielt im Gegenzug dafür 1657 in den Verträgen von Wehlau und Bromberg das Zugeständnis der vollen Souveränität. Außerhalb des Reiches war Preußen nun ein kleiner unabhängiger Staat, dem allerdings das Ermland nicht angehörte.

Neue Siedler braucht das Land

In der Siedlungsgeschichte Südostpreußens begann Anfang des 18. Jhs. ein neues Kapitel. Die ohnehin vom Schicksal wenig verwöhnte Bevöl-

kerung Masurens wurde von der Pest heimgesucht. Der aus Masuren stammende Königsberger Gelehrte Pisanski beschrieb die Situation in Johannsburg, nachdem die Seuche zunächst eingedämmt worden war: „Aber im folgenden 1710ten Jahr brach sie abermals mit Heftigkeit aus und brachte der ueberbliebenen Bevölkerung, darunter beide Prediger,



Vorfahren des Literaturhistorikers Georg Christoph Pisanski legten den Namen v. Helm zugunsten Pisanski ab

beide Lehrer der Schule und die meisten Mitglieder des Magistrats in das Grab. Die Stadt war von Menschen so entleert worden, daß der Markt ganz mit Gras bewachsen war und überhaupt nur vierzehn Bürger am Leben blieben waren.“⁴² Das Ausmaß der Katastrophe wurde in den kirchlichen Personenstandsmeldungen dokumentiert. Der massive Bevölkerungsverlust im südlichen Ostpreußen war jedoch nicht alleine auf die Pest zurückzuführen. Auch die soziale Entrechtung und Unfreiheit der masurischen Bauern veranlaßte viele Menschen, die nahe Grenze zu überschreiten und in anderen Gegenden einen Neuanfang zu wagen. Umgekehrt suchten auch Menschen aus Polen Zuflucht in Preußen.

Der als Soldatenkönig bekannte Friedrich Wilhelm I. zog schließlich die Notbremse und veranlaßte eine Verwaltungsreform, welche durch die Einrichtung einer zentralen Finanzbehörde in Berlin Vetterwirtschaft und Amtsmißbrauch vor Ort unterbinden sollte. Der Monarch hatte die Gefahr der demographischen Entwicklung in der östlichen Provinz für den preußischen Gesamtstaat erkannt und beabsichtigte, die sozialen Mißstände zu bekämpfen und die Effizienz der Verwaltung durch Reformen zu steigern. Insgesamt konnte somit die Wiederbesiedlung brachliegender Bauernstellen gefördert werden, wobei jedoch, so betont Kossert, von einer Kolonisation größeren Ausmaßes nicht die Rede sein kann. Die Politik des „Retablisements“ veranlaßte 1732 etwa 20 000 lutherische Bauern aus dem Erzstium Salzburg zur Siedlung in Ostpreußen, nachdem sie ihre Heimat aufgrund religiöser Verfolgung hatten verlassen müssen. Die Mehrheit der Salzburger ließ sich im nördlichen Teil Ostpreußens nieder. Ein kleiner Teil siedelte jedoch auch in Masuren. Zudem erreichten Zuwanderer aus Polen und Litauen die Region sowie reformierte Glaubensflüchtlinge aus der Schweiz, aus den Herrschaften Magdeburg und Halberstadt und 1714/15 aus Hessen-Nassau. Die „Repeuplierung“ (Wiederbesiedlung) gewann



Nur wenige Salzburger ließen sich in Masuren nieder. Die Mehrheit zog ins nördliche Ostpreußen.

auch durch finanzielle Anreize an Attraktivität. Ein neuer Abschnitt in der Siedlungsgeschichte Südostpreußens zeichnete sich nach 1740 ab. Während es in Süd- und Westdeutschland einen Bevölkerungsüberschuß gab, benötigte Masuren bis zu Beginn des 19. Jhs. weiterhin neue Siedler. Die Auswanderer aus West- und Süddeutschland versuchten in Amerika, in Rußland, im Donauraum und auch in Masuren einen Neuanfang, wo noch immer Siedlungslücken zu erschließen waren. Nach Auffassung Max Toeppens nahm die deutschsprachige Bevölkerung Masurens nach der Pest zu, wobei er auf die Ortelsburger Chronik und die Entwicklung in Johannisburg verweist.³ Kossert hingegen wendet ein, daß sich die deutschsprachigen Einwanderer hauptsächlich im Nordosten Ostpreußens niederließen und Masuren für sie eher unattraktiv blieb. Der Historiker stellt vielmehr eine masurische Binnenmigration und einen Zuzug aus Polen fest, was die Dominanz der polnisch-masurischen Sprache vor allem auf dem Lande weiter verfestigte.

Ostpreußens Städte waren im Vergleich zu den Siedlungsverhältnissen Westeuropas zumeist eher große Dörfer. Die ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen spitzten sich durch zu leistende Abgaben noch weiter zu. Die Stationierung von festen Militärgarnisonen bedeutete für die Bauern der Umgebung zusätzliche Einbußen, da sie die Versorgung der Soldaten sicherzustellen hatten. Den Städten brachte die Anwesenheit der Armeeangehörigen hingegen zusätzliche wirtschaftliche Impulse. Auch die deutsche Kultur wurde präsenter. Während die Dörfer ohne Ausnahme masurischsprachig blieben, mag es nach Kosserts Einschätzungen im 18. Jh. in den Städten Masurens deutschsprachige Mehrheiten gegeben haben. Namen wie Pogoda, Kopetsch, Madeyka, Gayko und Konietzko belegen dabei, daß der Aufstieg in die städtische Bürgerschicht auch Ostpreußen mit masurisch-slawischen Wurzeln offen stand. Das Schulwesen im Süden Ostpreußens befand

sich trotz der von Friedrich Wilhelm I. erlassenen Schuledikte von 1717⁴ und 1718 in einem beklagenswerten Zustand. In den Zentren der Kirchspiele war man trotz widriger Umstände sehr um die Einrichtung von Schulen und die Einstellung qualifizierter Lehrer bemüht. Auf dem weitläufigen Lande übernahmen meist einfache Handwerker oder auch Kriegsversehrte die Rolle der Lehrkraft, was sich erst ab 1800 mit der Gründung eines Lehrerseminars in Lyck besserte. Bis zu Beginn des 19. Jhs. fand der Unterricht in Masurens Elemen-



Das Lehrerseminar in Lyck sorgte für besseren Unterricht

tarschulen ausschließlich in polnischer Sprache statt, zumal die große Mehrheit der Schulmeister, die über keine pädagogische Ausbildung verfügte, des Deutschen in keiner Weise mächtig war. In den nordmasurischen Kreisen wurde zwar das Bedürfnis nach zweisprachigem Unterricht geäußert, jedoch war diese Entscheidung in der Form der praktischen Umsetzung für das Bildungsniveau eher hinderlich als förderlich. 1796 konzentrierte sich eine Auseinandersetzung um die Unterrichtssprache in Arys, Kreis Johannisburg, noch auf die Frage, ob der masurische Dialekt oder die polnische Hochsprache verwendet werden sollte. Die preußischen Behörden verfügten schließlich die Beibehaltung der polnischen Hochsprache, da nur diese verbindlich sei.⁵ Ausschlaggebend waren hier Erwägungen der Praktikabilität und die Nützlichkeit. Die Tatsache jedoch, daß überhaupt der Wunsch nach Abwendung von der polnischen Hochsprache und nach einer Aufwertung des Masurischen artikuliert wurde, kann auch als Indiz dafür gewertet werden, daß für die Menschen im Süden Ostpreußens die eigene preußisch-masurische Lebenswirklichkeit im Mittelpunkt stand. Bis 1873 blieb die Unterrichtssprache Polnisch, was die Auswahl möglicher Lehrer auf die polnisch- bzw. masurischsprachigen Kreise Preußens einengte. Wo die preußischen Schulbehörden aufgrund mangelnder geeigneter Kandidaten auf Lehrpersonal aus rein deutschsprachigen Gebieten zurückgriffen, war ein reguläres Unterrichten ohne gemeinsame sprachliche Grundlagen kaum möglich.

Die Mehrheit der deutschsprachigen Bürger war nicht in Masuren geboren und arbeitete zumeist in höheren Ämtern der Verwaltungsbehörden, eine Entwicklung, die sich im 19. Jh. noch stärker herausstellte. Die masurischsprachige Bevölkerung wurde von deutschsprachigen Beamten in Berichten als „unsere Polen“ bezeichnet. Die Bänkenregister der Soldauer Stadtkirche von 1765 bis 1799 verraten, daß die sprachliche Trennung auch eine gesellschaftliche war: Während Gutsbesitzer und Mitglieder der Soldauer Bürgerschaft deutsche Gottesdienste besuchten, hörten einkommensschwache Leute, Gesinde und Bauern der Umgebung masurische Predigten. In den grenznahen Orten Südostpreußens nahmen auch polnische Protestanten regelmäßig am Kirchgang teil. Bis zum deutsch-polnischen Gegensatz waren grenzüberschreitende gleich- und gemischtkonfessionelle Eheschließungen keine Seltenheit.

Masuren in der Zeit der Nationalbewegungen

Die polnische Freiheitsbewegung gegen den russischen Staat wurde in Masuren wie auch allgemein in Deutschland von der national-liberalen Bewegung mit Sympathie betrachtet. Kongreßpolen, das nach dem Wiener Kongreß von 1815 wieder unter russischer Herrschaft stand, wurde nach der Niederschlagung des polnischen Novemberaufstandes von 1830/31 praktisch auf den Status einer russischen Provinz herabgestuft. Im Rahmen der „Großen Emigration“ verließen zwischen viertausend und sechstausend Polen ihre Heimat und zogen über Deutschland bis nach Frankreich. Auch in anderen Regionen Europas schlossen sie sich liberal-demokratischen Gruppen an. Ihrer Solidarität mit den polnischen Patrioten gaben die Vertreter der deutschen Nationalbewegung unter anderem beim Hambacher Fest 1832 Ausdruck.⁶ In Masuren waren es vor allem die Pfarrer, die für



Flaggen beim Hambacher Fest: Sympathie zwischen den Anhängern der deutschen und polnischen Nationalbewegungen war kein Element, das für Masuren spezifisch war

die polnische Freiheitsbewegung Partei nahmen, ohne jedoch ihre eigene preußische Grundloyalität in Zweifel zu ziehen. Während des polnischen Aufstandes von 1863 unterstützten viele Grenzdörfer ihre polnischen Nachbarn, indem sie Waffen schmuggelten und geflohenen Aufständischen Unterschlupf boten. Der preußische Staat hingegen versuchte, solche Sympathiebekundungen zu unterbinden.

Um die Bildung masurischer Pfarrer war es ähnlich bestellt wie um die masurischer Lehrer. Das große Bedürfnis der Menschen nach geistlicher Seelsorge konnten die wenigen zugelassenen Prediger nicht ausfüllen, so daß sich vor Ort auch eigene religiöse Gruppen bildeten, die in Masuren als „Gromatarzy“ oder „Gromadki“ bekannt waren. Ohne ihren evangelischen Charakter zu verlieren, enthielt die religiöse Praxis der Gläubigen eine Mischung aus katholischen Andachtsformen, heidnischen Elementen und preußischem Staatsprotestantismus. Den Vertretern der preußischen Inneren Mission, die im 19. Jh. in Masuren vermehrt tätig wurden, war diese Form der Religiosität wesensfremd.

Masuren war bis auf ein paar Gemeinden im Soldauer Land bis Ende des 18. ein fast ausnahmslos evangelisches Land. Das änderte sich im 19. Jh. nur unwesentlich. Zu den 4,8 Prozent Katholiken zählten eingewanderte Ermländer, katholische Soldaten in den Garnisonsstädten und eingewanderte Masowier der letzten Einwanderergeneration, die keinen Konfessionswechsel mehr vollzogen und direkt an der Grenze vor allem in den westmasurischen Kreisen Ortelsburg, Neidenburg und Osterode siedelten. Nachdem um das Jahr 1834 das Überschreiten der Grenze nach Polen durch Kontrollen schwieriger wurde, durften die katholischen Christen in Ortelsburg die Stadtkirche für ihre Messen nutzen. Spätestens seit den 1850er Jahren wurde der Katholizismus in den Ostprovinzen jedoch mit Argwohn betrachtet, da in ihm eine fünfte Kolonne der polnischen Nationalbewegung vermutet wurde.

Bis zur Reichsgründung blieb das ländliche Masuren praktisch rein masurischsprachig. In den nördlichen Kreisen Angerburg, Oletzko und Sensburg kann nach Kosserts Erkenntnissen im Gebiet der Sprachgrenze von einer gewissen Zweisprachigkeit ausgegangen werden. Auch in den Städten wuchs der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung. Einen Konflikt verursachte 1834 ein Schülerlaß der Gumbinner Bezirksregierung, der Deutsch als Unterrichtssprache in allen Schulen unabhängig von der Frage vorschrieb, welche Muttersprache Schüler und Lehrer sprachen. Da das Konzept ganz klar die Lebenswirklichkeit der Menschen mißachtete

und teilweise nicht einmal die Lehrer die deutsche Sprache in ausreichender Weise beherrschten, war ein Scheitern der Maßnahme programmiert. Große Teile der Bevölkerung, angeführt von Pfarrern und Lehrern, protestierten gegen die Verfügung, da sie um die weltliche wie religiöse Bildung der Schüler besorgt waren. Die polnische Geschichtsschreibung konstruierte aus dieser Begebenheit einen „Sprachenstreit“ und „Kampf für das Polentum“. Davon kann laut Kossert jedoch keine Rede sein. Die Erwägungen der Menschen vor Ort waren ganz pragmatisch vor allem von Befürchtungen in bezug auf die Qualität des Schulunterrichtes ihrer Kinder bestimmt. Kossert unterstreicht, daß, auch wenn sie in den preußischen Amtsstuben noch als „Polen“ bezeichnet wurden und sich in ihrer eigenen Sprache teils auch so nannten, sich das Wort „polnisch“ allein auf die Sprache der Masuren bezog. Stolz stellten sie sich als „Prusaki“ (Preußen) vor und gaben dadurch ihrem politisch-kulturellen Selbstbewußtsein Ausdruck. Blanke hebt hingegen hervor, daß die Masuren die Bezeichnung als „Polen“ konsequent abgelehnt hätten, da dieses Wort stark mit dem Katholizismus assoziiert wurde. Teilweise wiesen die Menschen auch den Begriff „Masure“ zurück und zogen die Vokabeln „Preuße“ oder „Lutheraner“ vor. Ebenso wurden Kombinationen wie „masurischsprachiger Preuße“ oder „Staroprusaki“ (Altpreußen) verwendet.⁷ In Schulen und Kirchen war seit den Befreiungskriegen von 1815 ein preußischer Patriotismus gepflegt worden, der so evangelisch-konfessionelle und preußisch-dynastische Elemente miteinander verband. Aus diesen Elementen entwickelten sich eindeutige Grundpfeiler masurischer Identität. Dieses Selbstverständnis war noch von vernationalen Charakter, bildete jedoch zugleich die Grundlage eines deutschen Nationalbewußtseins, das sich in seiner regionalen Form in Masuren allerdings erst nach 1870 bildete.

In der Auseinandersetzung um die Schulsprache hatten sich besonders die Pfarrer Christoph Coelestin Mrongovius und Gustav Gisevius für die Erhaltung des muttersprachlichen Unterrichtes eingesetzt. Sie lehnten das Erlernen der deutschen Sprache nicht grundsätzlich ab, sondern warben für mehr Sensibilität im Umgang mit der einheimischen Kultur. Beide Masuren ließen an ihrer Loyalität zum preußischen König keinen Zweifel, jedoch stilisierte sie die polnisch-nationalistische Propaganda zu „Aktivisten im Kampf für das Polentum“.⁸ 1945 nahmen die polnischen Besatzer eine Umbenennung der Städte Sensburg (masurisch: Zadzbork) in Mragowo (siehe FRITZ 1/2009, S. 25-26) und Lötzen (masurisch: Lec) in Gizycko vor und versuchten mit dem Hinweis auf die beiden Pastoren die Annexion des Landes historisch zu rechtfertigen. Mrongovius wandte sich 1842 mit

seinem Anliegen direkt an Friedrich Wilhelm IV. und fand Gehör. Der romantisch-schwärmerische Monarch, der Interesse an den ethnischen Gruppen in seinem Reich zeigte, wies Kultusminister Eichhorn an, auf die Bitten der nicht deutschsprachigen Untertanen einzugehen, „damit fortan keine Nationalität erlösche“⁹. Gisevius stand 1842 auch hinter der ersten polnischsprachigen Zeitung Masurens, dem „Przyjacieli Ludu Lecki“ (Lötzenser Volksfreund), dessen bezahlte Auflage die 300er Marke jedoch nicht übersprang, so daß die Publikation schon nach zwei Jahren wieder eingestellt werden mußte. Erfolgreicher war Martin Gerss, der ab 1860 den „Kalendarz mazurski“ herausbrachte, welcher in den folgenden dreißig Jahren mit über 10.000 Exemplaren per annum verkauft werden konnte. In manchen Jahren betrug die verteilte Auflage sogar eine Zahl von 25.000 Exemplaren. Polnischerseits wurde Gerss' Publikationstätigkeit als wichtiger Faktor gegen den „Germanisierungsprozeß“ gewertet. Der militante Protestant hatte jedoch gegen die Initiative Gisevius' eine Vereinigung gegründet, um die deutsche Sprache in Masuren weiter zu festigen. Der königstreue preußische Patriot versicherte zudem, daß es leicht sei, einen Masuren von einem Polen zu unterscheiden und lehnte es ab, als Polenfreund interpretiert zu werden.

Die Revolutionswirren von 1848/49 und die Auseinandersetzungen des Frankfurter Paulskirchenparlamentes drangen kaum bis nach Masuren vor. Zwar wurde Ostpreußen im April 1848 in den Deutschen Bund aufgenommen, doch mußte die östlichste preußische Provinz den Staatenverband auf Drängen der Konservativen, die im Rahmen der Restauration den Status quo ante wieder herzustellen beabsichtigten, am 3. Oktober 1851 wieder verlassen. Konstitutionellen Vereinigungen gehörten einige deutschsprachige Bürger an, während die große Masse der masurischsprachigen Bevölkerung keine politischen Aktivitäten entfaltete. Dies lag unter anderem an der Sprachbarriere, welche die Menschen weitgehend auch vom Nachrichtenfluß über die Ereignisse im übrigen Preußen und im Deutschen Bund abschnitt. Veröffentlichungen in polnischer Sprache, sofern es sie denn gab, waren praktisch ausschließlich religiöser Natur. Im Zuge der Märzrevolution entstand jedoch auch in Masuren ein Informationsbedürfnis, welches meist Pfarrer zu befriedigen versuchten, indem sie Zeitschriften herausgaben. Die neuen Publikationen weltlichen Inhalts enthielten Beiträge zur Regionalgeschichte, Sagen, Lieder und auch Beispiele aus der polnischen Literatur. Die „Kreisblätter“, die Nachrichten der Kreisverwaltung, erschienen zweisprachig einmal pro Woche. Über diese Veröffentlichungen wurde der preußi-



Die Märzrevolution in Berlin – In Masuren gab es allenfalls gemäßigte Reaktionen

sche Patriotismus gefördert, wozu erstmals auch Laien aus dem einfachen Volk beisteuerten, indem sie unter anderem eigene Gedichte und Lieder zu Papier brachten. Insbesondere die Gromadki-Bewegung war in dieser Hinsicht sehr aktiv, brachte viele Beiträge hervor und trug mit ihrem Stolz auf die eigene Herkunft zur Bildung und Festigung der regionalen masurischen Identität bei.

Den Kontakt zu deutschsprachigen Landsleuten förderten neben den im Ausbau befindlichen Verkehrsverbindungen wie der Eisenbahn weiterhin die Umstände, daß masurische Rekruten ihren Wehrdienst zumeist mit Kameraden aus anderen Landesteilen ableisteten und der auch in diesem Rahmen erkennbare vergleichbare Wohlstand in Westdeutschland einen positiven Eindruck hinterließ. Die militärischen Erfolge in den Einigungskriegen verstärkten ebenfalls zusätzlich die Identifikation vieler Masuren mit ihrem deutsch geprägten preußischen Vaterland und waren Ansporn, die sprachliche Barriere zu überwinden und selber Deutsch zu sprechen.

Reichsgründung: Ostpreußen wird Teil des kleindeutschen Nationalstaats

Mit dem Sieg über Frankreich im Jahr 1871 erreichte die Welle der Freude und des preußisch-deutschen Patriotismus auch Ostpreußen. Die Reichsgründung wurde ausgiebig gefeiert, überall entstanden Denkmäler zu Ehren Bismarcks, des Kaisers oder der Gefallenen. Schon seit 1867 war Ostpreußen Teil des von Bismarck erdachten und von Preußen dominierten Norddeutschen Bundes geworden.¹⁰ Die enge Verbindung des preußischen Staates und seiner traditionellen Führungsschicht mit den Institutionen des neuen Deutschlands erleichterte den konservativen Masuren eine Identifikation zusätzlich. Kossert stellt fest: „Galten bereits die preußischen Nordostprovinzen als Hochburgen des politischen Konservatismus, so schlug Masuren alle Rekorde. Hier lagen die

Ergebnisse für die Konservativen immer weit über dem Provinzdurchschnitt.“¹¹ Während die Konservativen bei den Reichstagswahlen 1907 in Ostpreußen insgesamt 56,5 Prozent erreichten, fielen ihnen in den Wahlkreisen Osterode/Neidenburg 69,3 %, in Sensburg/Ortelsburg 73,1 % und in den ostmasurischen Kreisen Oletzko/Lyck/Johannisburg schwindelerregende 93,1 % zu. Die Sozialdemokratie hatte hier keine Chance. Bei den Reichstagswahlen 1912 gaben ganze 2,3 % der Wähler im Regierungsbezirk Allenstein ihre Stimme der SPD.¹²

Die Eingliederung Preußens in den neuen deutschen Nationalstaat zog auch Maßnahmen mit sich, die darauf abzielten, die Einheit des Reiches auch im sprachlichen Bereich zu fördern. Untersuchungen hatten ergeben, daß Schüler insbesondere dort das Deutsche unzureichend beherrschten, wo Polnisch bzw. Masurisch Unterrichtssprache war. Zwar nahm der ostpreußische Oberpräsident Karl von Horn den Einwand ernst, daß sich ein entsprechender Erlaß nachteilig auf die Ausdrucksfähigkeit der Schüler in der Muttersprache auswirken könnte, jedoch maß er dem Ziel des staatlichen Zusammenhalts eine höhere Bedeutung bei.¹³ Wer höhere Bildungseinrichtungen besuchten oder außerhalb Masurens berufliche Aktivitäten entfalten wollte, mußte ohnehin des Deutschen ausreichend mächtig sein. Somit verfügte der preußische Kultusminister Adalbert Falk am 25. Juli 1873, daß Deutsch die einzige Unterrichtssprache an öffentlichen Schulen des Landes werden sollte. Ausgenommen von dieser allgemeinen Regelung blieben der Religionsunterricht und das Singen religiöser Lieder in den ersten drei Schuljahren. Dieser Bereich hatte schließlich um 1840 für Unstimmigkeiten gesorgt. Auch durften Lehrer dort auf eine andere Sprache zurückgreifen, wo es zur Vermittlung des Sachgegenstands unbedingt notwendig war. Anders als in preußischen Landesteilen mit polnischer Minderheit oder sogar Mehrheit, wo die Sprachregelung als Teil des Kulturkampfes gedeutet wurde und sich energischer Widerstand erhob, gab es in Masuren nichts Vergleichbares. Oberpräsident von Horn führte diesen Umstand darauf zurück, daß sich die Masuren als stolze Preußen und Deutsche sahen und daß auch rein masurischsprachige Eltern die Regelung als Chance begriffen und froh darüber waren, daß ihren Kindern die Möglichkeit eröffnet wurde, solide Deutschkenntnisse zu erwerben. Die Methoden, um möglichst eine deutsche Einsprachigkeit zu erzielen, konnten wie bei Dorfschullehrer Friedrich Müller allerdings auch so aussehen, daß er einem Schüler, sobald er masurisch sprach, einen Knüppel namens „Pollack“, das Schimpfwort für einen Polen, in die Hand gab. Der Schüler wurde

so zum Ausländer und Außenseiter erklärt, bis er den Knüppel an einen Klassenkameraden weiterreichen durfte, dem ebenfalls Worte in seiner Muttersprache entwichen waren.¹⁴

Mit dem Regierungsantritt Wilhelms II. im Jahr 1888 wurden die noch 1873 zugestandenen Ausnahmeregelungen für die Unterrichtssprache im Fach Religion aufgehoben und verfügt, daß nur noch die deutsche Sprache in den Schulen des Landes zu verwenden sei.¹⁵ Daß die Vermittlung religiöser Inhalte jedoch in der Muttersprache geschehen sollte, war vielen Menschen ein Anliegen. Die Gromadki-Bewegung, die diesen reformatorischen Grundsatz besonders ernst nahm, erfuhr nach der Reichsgründung einen regen Zulauf und konnte bis 1914 rund ein Viertel der Bevölkerung Masurens zu ihrer Anhängerschaft zählen. Der Amtskirche war sie ein Dorn im Auge, da sie eine Konkurrenz befürchtete. Verleumdungen der Gemeinschaft als „Separatisten“, „Anarchisten“, „Polenfreunde“ oder auch „Sozialdemokraten“ machten die Runde, obwohl die Gromadki sich klar als Teil der evangelischen Landeskirche verstanden. Auch leisteten sie keinen grundsätzlichen Widerstand gegen die Verbreitung der deutschen Sprache, sondern handelten aus theologischen und pragmatischen Überlegungen heraus.

Stärker vernetzt wurde Masuren mit dem übrigen Deutschland durch den Ausbau der Bahnverbindungen. Im Rahmen des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden bis 1900 alle Kreisstädte an das Schienennetz angeschlossen. Die Städte erhielten nun einen urbanen Charakter im wilhelminischen Stil, auch wenn die Einwohnerzahlen mit Ausnahme von Lyck bis zum Ende der Monarchie allesamt unter der 10.000er Marke blieben und somit im Vergleich zu west- und mitteldeutschen Städten recht bescheidene Maßstäbe aufwiesen. Nach der Reichsgründung etablierte sich außerdem zusehends das deutsche Vereinswesen, darunter auch die Literarische Vereinigung Masovia in Lötzen, die sich unter anderem die Förderung des Deutschtums in Masuren zum Ziel gesetzt hatte und der es gelang, dem Begriff „Masuren“ ein positives Bild zu verleihen.

Der Einfluß deutscher Kultur verstärkte sich somit durch Militärdienst, ausgebaute Verkehrsverbindungen, Stellenangebote in Wirtschaft und Staat sowie Einflüsse von Schule, Verwaltung und Kirche. Der Anteil der Zweisprachigen an der Gesamtbevölkerung nahm zu, während die rein Deutschsprachigen noch eine kleine Minderheit bildeten. Bis 1914 blieb die Mehrheit der Menschen in Masuren masurischsprachig. Besonders deutlich zeigte sich die Dominanz der masurischen Muttersprache in den Grenzkreisen Neidenburg, Ortelsburg, Johannsburg und Lyck sowie

in den südlichen Teilen der Landkreise Sensburg und Lötzen. In den nördlichen Kreisgebieten und im Kreis Oletzko war hingegen eine klarere Tendenz zugunsten des Deutschen sichtbar. Bis 1914 behielten die preußischen Behörden wie auch die Kirchenverwaltung die Bezeichnung „Polen“ für die masurischsprachige Bevölkerung bei. Ab 1890 hielt jedoch auch der Begriff „Masurisch“ als Bezeichnung für die regionale Variante der polnischen Sprache Einzug in den Sprachgebrauch.¹⁶ Der Deutsche Ostmarkenverein (DOMV), gegründet im Jahr 1894, hatte sich zum Ziel gesetzt, polnischen Ambitionen in den östlichen Provinzen des Reiches entgegenzuwirken. Mitglieder waren tatkräftige deutschsprachige Beamte, Landräte, Pfarrer und Kaufleute. Auch ganze Städte wie Osterode, Ortelsburg, Neidenburg und Soldau traten der Initiative als Körperschaften bei. Seit 1890 siedelten polnische Gutsbesitzer systematisch in den Landkreisen Osterode und Neidenburg, nachdem sie durch die preußische Ansiedlungsgesetzgebung ihre Besitzungen in den Provinzen Posen und Westpreußen hatten aufgeben müssen. Mit einem „Dispositionsfonds zur Förderung und Befestigung des Deutschtums“ beabsichtigte das Königsberger Oberpräsidium, die polnischen Aktivitäten zu überwachen und die Bevölkerung mit Informationen aus preußisch-deutscher Perspektive zu versorgen. So erschienen die Zeitung „Pruski Przyjacieli Ludu“ und der Jahreskalender „Kalendarz Krolewsko-Pruski Ewangelicki“, die von polnisch- bzw. masurischsprachigen evangelischen Pfarrern herausgegeben wurden. Konservative Vereine erhielten Unterstützung, während Landräte kleinere Sonderzahlungen bekamen und mit diesen Mitteln vor Ort Informanten einstellen konnten. Finanziert wurden durch den Fonds außerdem Gemeindehäuser und Molkereien.

Unter Wilhelm II. verschärfen sich die nationalen Gegensätze, doch schon bald nach Reichsgründung waren die ersten sporadischen Umbenennungen masurischer Ortschaften erfolgt, deren ursprüngliche Bezeichnungen durch meist recht gelungene deutsche Übersetzungen ersetzt wurden. Auch einige wenige Privatleute, vor allem Auswanderer ins westfälische Kohlrevier, gaben sich neue deutsche Nachnamen.¹⁷ Dies war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Besucher aus anderen Teilen des Reiches vielfach negativ gegenüber der slawischen Abstammung der Bewohner Südostpreußens eingestellt waren und diese mit einem tugendlosen und ärmlichen Lebenswandel in Verbindung brachten. Die „Kalte Heimat“ galt als deutsches Sibirien und blieb für die große Mehrheit der Deutschen ein unzivilisierter Flecken. Eine Versetzung dorthin kam einer Strafaktion gleich.

Polnische Propagandaaktivitäten

Polen entdeckte Masuren erst vergleichsweise spät für seine nationalistischen Ambitionen. Verantwortlich für die Aufmerksamkeit, die das Nachbarland plötzlich dem südlichen Ostpreußen widmete, war ein Mann mit kaschubischen und deutschen Wurzeln: Adalbert von Winkler, besser bekannt als Wojciech Ketrzynski (siehe FRITZ 2/2008, S. 32-33). Mit seiner programmatischen Schrift „O Mazurach“ (Über Masuren) stand er am Beginn der deutsch-polnischen Kontroverse um die nationale Zugehörigkeit Masurens. Mit der Entdeckung der slawischen Elemente seiner Familiengeschichte hatte er sich während seiner Gymnasialzeit in Rastenburg und während seines Studiums an der Königsberger Albertina so sehr in seine eigene extrem polnophile Welt hineingesteigert, daß er seinen Namen polonisieren ließ und 1863 am polnischen Januaraufstand teilnahm, was ihm als preußischem Staatsbürger Festungshaft in Berlin-Moabit und Glatz einbrachte. Historisch konnte von Winkler alias Ketrzynski keinen polnischen Anspruch auf Masuren konstruieren, da das Gebiet nie zum polnischen Staat gehört hatte. Somit blieb ihm nur die Möglichkeit, auf sprachliche, ethnische und kulturelle Aspekte zu rekurrieren. Auf Unterstützung in der Bevölkerung konnte der Propagandist, dessen familiäre Wurzeln nicht in Masuren lagen und der sich auch nie als Masure bezeichnete, dabei nicht zählen.

Zunächst blieb das Interesse in Polen recht gering, wo der preußischen Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung in Posen und Westpreußen die größte Beachtung geschenkt wurde. In den 1890er Jahren gelang es Ketrzynski jedoch, in Warschau finanzielle und institutionelle Unterstützung zu finden. Mit Hilfe von polnischen Banken aus dem Posener Land wurde 1896 in Lyck die „Gazeta Ludowa“ (Volkszeitung) gegründet. Zwar konnte eine Auflage von 25.000 Exemplaren erreicht werden, doch blieb die Abonnentenzahl niedrig, so daß das propolnische Gedankengut hauptsächlich über Freixemplare verbreitet wurde. Die Zeitung stellte ihr Erscheinen unter dem Druck der deutschen Behörden 1902 wieder ein. Mit der Gründung der „Masurischen Volkspartei“ (MVP) 1897 sollte ein weiteres Mittel zur Beeinflussung der Masuren geschaffen werden. Auch wenn die Partei sich als Interessenvertreter der kleineren Landwirte gegenüber den Großgrundbesitzern darzustellen versuchte, vermochte sie ihre polnisch-nationalistischen Tendenzen nicht zu kaschieren. Entsprechend gering war die Resonanz unter den Einwohnern Masurens. In ihrer „Hochburg“ Ortelsburg konnte die MVP ganze 30 Mitglieder vorweisen. Insgesamt waren auf ganz Masuren verteilt, wenn überhaupt, mehrere hundert Personen

beigetreten. Im ostmasurenischen Wahlkreis Oletzko/Lyck/Johannisburg war die MVP praktisch chancenlos. Der aus Posen zugezogene Eugen Zenon Lewandowski konnte bei der Reichstagswahl 1898 im Wahlkreis Sensburg/Ortelsburg zusammen mit den Stimmen der ihn unterstützenden Freisinnigen Volkspartei immerhin 5874 und 1903 noch einmal rund viertausend Stimmen auf sich vereinigen. 1906 versuchte es die diesmal vom Posener Bankier Marcin Biedermann finanzierte „Masurische Volkspartei“ ein weiteres Mal. Das Hauptparteibüro wurde in Ortelsburg eingerichtet. Propagandistische Unterstützung erhielt die Gruppierung nun statt von der eingestellten „Gazeta Ludowa“ von der Zeitung „Mazur“, welche zunächst der katholische Pole Stanislaw Zielinski und dann bis zum Ersten Weltkrieg Kazimierz Jaroszyk als leitende Redakteure erstellten. Wie auch die prodeutsche Publikation „Pruski Przyjaciel Ludu“ (Preußischer Volksfreund), die ebenfalls in polnischer Sprache erschien, wurde der „Mazur“ als Gratisblatt verteilt. Dennoch blieb der Absatz mager. Alle anderen polnischen Versuche der Einflußnahme wie die Einrichtung von Volksbibliotheken oder Genossenschaften scheiterten bereits im Ansatz. Grund hierfür war weniger der Standortvorteil der deutschen Behörden oder das Fehlen eines polnischen Staates sondern vielmehr die mangelnde Sensibilität der polnisch-katholischen MVP-Funktionäre gegenüber einer fest mit ihrem preußischen Vaterland verbundenen und tief im Protestantismus verankerten Bevölkerung.¹⁸

Masuren an Rhein und Ruhr

Die Verbindung zwischen Masuren und dem übrigen Deutschland intensivierte sich in der Zeit der Industrialisierung auch durch eine beträchtliche Abwanderung von Arbeitskräften in die Stahl-, Kohle- und Bergbauzentren des Ruhrgebiets. Arbeitsmigration in ganz verschiedene Regionen Deutschlands hatte in Masuren wie auch in anderen polnischsprachigen Gebieten schon lange zur Normalität gehört, doch stieg die Zahl derjenigen, die Südostpreußen den Rücken kehrten und an Rhein und Ruhr ihr Glück versuchten, enorm an. Bis 1914 verließ rund ein Drittel der Bevölkerung Masurens das Land Richtung Westen, so daß praktisch jede masurische Familie Verwandte im Ruhrgebiet vorweisen konnte.



Masurisches evangelisches Kirchengesangbuch aus Wanne-Eickel (Ruhrgebiet)

Seit 1870 hatte sich im rheinisch-westfälischen Industrieviertel eine masurische Gemeinschaft gebildet. Gelsenkirchen-Schalke trug zwischenzeitlich sogar den Beinamen „Klein-Ortelsburg“. Die masurischen Arbeiter wurden von ihren Vorgesetzten aufgrund ihrer Anspruchslosigkeit und Disziplin sehr geschätzt, doch waren die einheimischen Kollegen weniger erfreut, wenn die Ostpreußen durch Annahme von Tätigkeiten unter Tarif das Lohnniveau drückten. Sie behielten trotz ihrer jetzigen Zugehörigkeit zum klassischen Arbeitermilieu auffallend deutlich ihre konservativ-preussische Grundhaltung bei und waren für die Bestrebungen der Sozialdemokratie wenig empfänglich. Während die Masuren in ihren eigenen Gruppen wie dem Ostpreussischen Gebetsverein und den Gromadki heimatlichen Halt fanden, wurden sie von Rheinländern und Westfalen, die die sprachlichen, kulturellen und konfessionellen Unterschiede zu anderen polnischsprachigen Einwanderern nicht wahrnahmen, mit diesen undifferenziert unter dem Begriff „Ruhrpolen“ zusammengefaßt. Eine polnische Zeitung klagte hingegen darüber, daß die Masuren sich in eigenen Siedlungen bewußt von polnischen Einwanderern abgrenzten, auch wenn sie am Arbeitsplatz mit ihnen zusammenarbeiteten. Die masurischen Mitglieder eines evangelischen ost- und westpreussischen Arbeitervereins verfaßten sogar eine vielveröffentlichte Petition an die zuständige Beamtenschaft, in der sie ihren Unmut darüber äußerten, daß sie in den offiziellen Statistiken mit Polen gleichgesetzt wurden. Sie beschrieben sich selbst als königstreu und zeigten sich glücklich, Staatsbürger des Deutschen Reiches zu sein.¹⁹ Die evangelische Amtskirche brauchte sehr lange, bis sie schließlich 1897 die Notwendigkeit sah, sich um ihre masurischsprachigen Gläubigen im Rheinland und in Westfalen zu kümmern.

Der Erste Weltkrieg schweißt die Nation zusammen

Während die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs für die meisten Deutschen weit weg in Flandern, Frankreich oder Polen stattfanden, bedeutete der Kriegsbeginn für weite Teile Ostpreußens Flucht, Verwüstung, Plünderung, Verschleppung und Tod. In manchen Bereichen des Landes überstieg der materielle Grad der Zerstörung den von 1945. Die Befreiungskämpfe im Süden und Osten Ostpreußens (Schlacht bei Tannenberg, Schlacht an den masurischen Seen, Winterschlacht in Masuren) katapultierten die Region plötzlich ins Bewußtsein des gesamten deutschen Volkes. General Paul von Hindenburg, der als Befreier Ostpreußens gefeiert wurde, hatte einen großen militärischen Sieg errungen, der im ganzen Land eupho-

risch begrüßt wurde. Kaiser Wilhelm II. besuchte das schwer von Kriegsschäden gezeichnete Gebiet im Februar 1915 und appellierte während seines



Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg

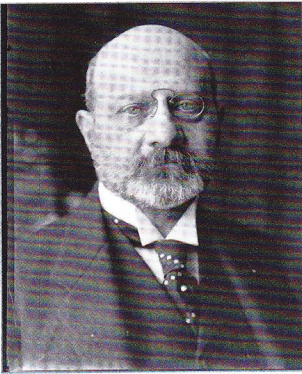
Aufenthaltes in Lyck an die nationale Solidarität der Deutschen: „Unser schönes Masurenland ist eine Wüste; Unersetzliches ist verloren. Aber ich weiß mich mit jedem Deutschen eins, wenn ich gelobe, daß das, was Menschenkraft vermag, geschehen wird, um neues frisches Leben aus den Ruinen entstehen zu lassen.“²⁰ Die „Ostpreußen-



Das zerstörte Lyck

hilfe“ sammelte daraufhin im Reich Spendengelder in Millionenhöhe für den Wiederaufbau der östlichsten deutschen Provinz. Unversehrte Städte und Regierungsbezirke aus allen Teilen Deutschlands übernahmen Kriegspatenschaften für ostpreussische Ortschaften, in denen die staatlichen Finanzhilfen nicht ausreichten. Diese Unterstützung betraf vor allem den sozialen Bereich. Die nationale Solidarität reichte dabei über die Reichsgrenzen hinaus. So begründete der Wiener Bürgermeister Weiskirchner die Patenschaft der österreichischen Hauptstadt für Ortelsburg am 14. März 1916 mit folgenden Worten: „Das Bewußtsein unserer gemeinsamen hehren Sache und der Drang unseres Herzens, das den Bruder auf deutscher Erde zum Bruder ruft, schlingen ein heiliges Band um unsere beiden Städte.“²¹

Der Kriegsalltag verband Masuren in vielerlei Hin-



Wiener Bürgermeister
Weiskirchner hilft beim
Wiederaufbau Ostpreußens
nach dem Ersten Weltkrieg

sicht noch fester mit deutscher Kultur und Sprache. Zusammen mit ihren deutschsprachigen Kameraden fanden sich masurische Männer an den Fronten im Osten und Westen wieder. Die Evakuierung der masurischen Bevölkerung zu Kriegsbeginn und ihr vorübergehender Aufenthalt in den Gemeinden, in denen sie Zuflucht gefunden hatten, verstärkte

den Kontakt zu ihren deutschsprachigen Landsleuten weiter, zumal dieser auch nach Rückkehr in die Heimat durch Einquartierungen und die Verschickung von tausenden Berliner Kindern zur Erholung nach Masuren aufrechterhalten wurde. Die Identifikation mit Deutschland und dem Reich war für die Menschen nun untrennbar mit ihrem preußisch-masurischen Bewußtsein verwoben.

Weder sozialistische Revolution noch Irredentismus – Masuren bleibt ruhig

Die Novemberrevolutionäre gaben sich in Masuren beschwichtigend, denn sie waren sich bewußt, wie gering die Unterstützung für ihre Ziele in der regionalen Bevölkerung war. Auch wenn in Allenstein kurzzeitig rote Fahnen an einigen öffentlichen Gebäuden wehten, unterstrichen die örtlichen Sozialisten ihre Sorge um den „sozialen Frieden“ im Lande. Sie unternahmen nicht einmal den Versuch, Regierungspräsident Matthias von Oppen seines Amtes zu entheben, der ihnen die Einrichtung eines „Soldaten- und Arbeiterrates“ zugestand, welcher auch Mitglieder aus der polnischen Minderheit im Ermland umfaßte, die von den Revolutionären umworben wurde. Das Gremium konnte die politische Lage in der Region jedoch kaum beeinflussen und blieb eine Randerscheinung. In den masurischen Kreisen war noch weniger revolutionäres Bestreben zu erkennen.

Ermutigt durch die militärische Niederlage Deutschlands und die quasi-revolutionäre Machtverschiebung in Berlin gründeten die Führer der polnischen Minderheit im Ermland einen sog. „Polnischen Nationalrat“. Seit 1905 war das südliche Ermland mit einem großen Teil Masurens im Regierungsbezirk Allenstein administrativ zusammengeschlossen, jedoch zeigte sich in dieser Situation die deutlich unterschiedliche Haltung der polnisch- bzw. masurischsprachigen Bevölkerung in beiden Regionen. Der „Polnische Nationalrat“ blieb eine ermländische Angelegenheit. Die Draht-

zieher und Führungspersonen an der Spitze eines polnischen „Bürgerkomitees“ in Neidenburg waren größtenteils keine Masuren, genossen nicht die Unterstützung der Bevölkerung und hatten letztlich keinerlei wahrnehmbaren Einfluß auf die Entwicklung in den Jahren 1918/19.

In Polen war das Interesse an Ostpreußen während des Krieges jedoch gestiegen. Während die Anhänger Jozef Pilsudskis ihr Hauptaugenmerk klar in Richtung Osten gelegt hatten und nicht davon ausgingen, daß ihnen ein größerer Teil Preußens zufallen würde, meinten die polnischen Nationaldemokraten eher in Deutschland als in Rußland den Gegner polnischer Unabhängigkeit erkennen zu können. Sie spekulierten bei einer Niederlage der Mittelmächte auf die Einverleibung aller Gebiete, die vor 1772 zum polnischen Staatsverband gehört hatten und die wie Masuren und Oberschlesien eine ethnische Struktur aufwiesen, die sie für sich vereinnahmen zu können glaubten. Roman Dmowski, Hauptvertreter der polnischen Nationaldemokraten in den westlichen Hauptstädten, erhob 1916 für Polen formal Anspruch auf Südostpreußen und formulierte seine Forderungen erneut im Frühjahr 1917 in einem Memorandum.²² Gegenüber dem britischen Außenminister Arthur Balfour sprach er sich zunächst für den Anschluß der südlichen und westlichen Teile Ostpreußens an Polen, die Zuteilung eines nordöstlichen Teils an Litauen und die Unabhängigkeit des „ethnisch deutschen Kerngebietes“ aus. In einem Memorandum an US-Präsident Woodrow Wilson forderte er, daß ganz Ostpreußen unter polnische Kontrolle gelangen sollte, da die Provinz geographisch ein natürlicher Teil Polens sei. Sollte der nördliche Teil nicht vollkommen einverleibt werden können, so sollte er zumindest in Form einer Autonomie oder auch als unabhängige Republik in eine polnische Zollunion eingebunden werden.²³

Um 1918 war der größte Teil des polnischen Politestablishments auf den Kurs der Nationaldemokraten eingeschwenkt. In Ostpreußen selber war den Mitgliedern des „Polnischen Nationalrats“ in Allenstein allerdings noch nicht klar, wie weiterhin verfahren werden sollte. Alle Gedanken waren auf die anstehende Friedenskonferenz gerichtet. Als die polnische Regierung in Warschau Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung ankündigte und vorschlug, daß diese auch im preußischen Teilungsgebiet einschließlich des Ermlands und Masurens stattfinden sollten, drohten die deutschen Behörden jedem Teilnehmer ein Verfahren wegen Landesverrats an. Die Polen in Preußen fanden sich somit in ihrem eigenen Teilungs-Sejm in Posen zusammen. Unter den mehreren hundert Versammelten rangierten auch fünfundzwanzig Personen, die Masuren repräsentieren sollten, diesen Anspruch jedoch auf keine demokratische

Wahl stützen konnten. Dazu gehörten auch drei Mitglieder des Neidenburger Bürgerkomitees, von denen einer, Jaroszyk, notierte, daß die masurische Frage unter den Polen in Preußen noch immer unklar sei.

Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen zeigte besonderes Interesse an Masuren, hätte doch die Einverleibung eines größeren, zusammenhängenden protestantischen Landstreifens die Stellung der Glaubensgemeinschaft gestärkt, deren Mitglieder zum größten Teil der deutschen Minderheit im katholischen Polen angehörten. Generalsuperintendent Julius Bursche, aus einer deutschen Familie stammend, sprach Polnisch nur mit deutschem Akzent, hatte sich jedoch dem polnischen Nationalismus verschrieben. Ähnlicher



Generalsuperintendent Julius Bursche
- Oberhaupt der ev. Kirche in Polen

Ansicht war Konsistorialpräsident Jakob Glass, nach dessen Auffassung es für Polen keine wichtigere Frage gab als die Zukunft Masurens. Aus dem gleichen Grund empfand die polnisch-katholische Mehrheit die ostpreußische Frage jedoch als nachrangig und schrieb Posen, Westpreußen und Oberschlesien eine höhere Priorität zu. Angesichts der offensichtlichen Unempfänglichkeit der masurischen Bevölkerung für polnische Vereinnahmungsversuche wurde Ostpreußen gewöhnlich nur in geopolitischen Begründungszusammenhängen genannt.

In Posen brauchte es im Dezember 1918 nicht mehr als einen Besuch des polnischen Nationaldemokraten Ignacy Paderewski, um einen Aufstand auszulösen, der den größten Teil der Provinz in polnische Hände brachte. In dieser angeheizten Atmosphäre riefen die deutschen Behörden auch in Ostpreußen den Notstand aus und verboten den „Polnischen Nationalrat“ in Allenstein, zumal sich das Polnische Nationalkomitee (KNP) in Paris um eine möglichst schnelle militärische Aufrüstung des neuen Staates bemühte. Das Komitee hatte ebenfalls zum Boykott der Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung aufgerufen und damit unter den Polen in Preußen einen beträchtlichen Erfolg erzielt. In Masuren hingegen war nichts davon zu erkennen. Auch in Stadt- und Gemeinderatswahlen spielten polnische Kandidaten hier keine Rolle. Regierungspräsident von Oppen versicherte gegenüber seinen besorgten Vorgesetzten, daß

es in Masuren keine polnischen Agitatoren gebe, gegen die er vorgehen müßte, und daß jemand, der den Masuren einen Anschluß an Polen vorschlagen zu müssen glaubte, wohl von der Bevölkerung selber, notfalls mit Schlägen, zur Raison gebracht werden würde. Die Ruhe in Südostpreußen war um so bemerkenswerter als überall in preußischen Gebieten mit polnischer Bevölkerung, vor allem in Posen und Westpreußen, aber auch Oberschlesien, ein rasanter Anstieg polnisch-nationalistischer Aktivitäten zu verzeichnen war.

Geschacher und Ignoranz in Versailles

Bei der Friedenskonferenz in Versailles erschien Dmowski vor der Kommission für polnische Angelegenheiten und forderte dort alle die Gebiete, die vor 1772 zum polnischen Herrschaftsbereich gehört hatten, und erhob außerdem Anspruch auf Oberschlesien und Masuren. Der Rest Ostpreußens sollte unter Abzug der Gebiete, die Litauen zugeschrieben werden könnten, von Deutschland abgetrennt als unabhängiger Staat unter der Kontrolle des Völkerbundes verbleiben. Masuren beschrieb er als ethnographisch polnisch, behauptete allerdings nicht, daß die Masuren sich mit Polen identifizierten. Dies würde sich, so argumentierte er, jedoch innerhalb kurzer Zeit ändern, sobald die Region Teil des polnischen Staates geworden sei. Zur Untermauerung seiner Thesen nutzte Dmowski Kartenmaterial, das zwar auf preußischen Statistiken basierte, jedoch irreführend war, da es nicht nur Muttersprache und Nationalität gleichsetzte, sondern außerdem die mehrheitlich deutschsprachige Stadtbevölkerung optisch unscheinbar erscheinen ließ.

Die deutsche Seite hatte praktisch keine Fürsprecher und sah sich mit einer äußerst polnophilen alliierten Polen-Kommission konfrontiert. Anders als in Elsaß-Lothringen argumentierte man im französischen Außenministerium entsprechend der polnischen Linie mit der sprachlichen Struktur Südostpreußens. Großbritannien legte hingegen Wert darauf, eine mögliche Abtretung des Gebietes durch eine Volksbefragung zu untermauern. US-Präsident Wilson hatte noch während des Krieges eine „Untersuchung“ veranlaßt, die wie Dmowski zu dem Schluß gekommen war, daß die Schaffung eines unabhängigen Polens die Abtrennung Ostpreußens von Deutschland zur Folge haben müßte, die praktische Umsetzung jedoch problematisch werden würde. Die amerikanische Delegation in Versailles, deren Kenntnisse über Masuren offenbar nicht zu profund waren, überlegte, daß Masuren auch direkt an Polen übergeben und ein Plebiszit über diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden könnte. Bezüglich der französischen Haltung erlangte Wilson im Rah-

men der Diskussion um Danzig schließlich verspätet die Einsicht, daß das einzige Interesse Frankreichs an Polen die Schwächung Deutschlands sei, so daß Polen Gebiete zugeschrieben würden, auf die es kein Recht hätte.²⁴ Letztlich schwenkten die Amerikaner somit auf den britischen Vorschlag ein. In den Schlußberatungen setzten die französischen Vertreter schließlich durch, daß zumindest ein Teil des Kreises Neidenburg um die Stadt Soldau aufgrund ihrer Lage an der direkten Bahnverbindung Warschau-Danzig sofort an Polen abgetreten werden mußte. Das übrige südliche Ostpreußen sollte der Warschauer Regierung erst nach einer international überwachten Volksabstimmung übergeben werden.

Besorgt über die britische Haltung holte die polnische Delegation Bischof Bursche nach Paris, der als Protestant die polnische Argumentation unterstützen sollte. Auch brachte man drei Landwirte aus dem Kreis Ortelsburg, Bogumil Linka, Adam Zapatka, Josef Zapatka, als Vertreter des „echten Masuren“ zur Konferenz. Vor der Fahrt nach Frankreich wurden sie in Warschau von Konsistorialpräsident Jakob Glass und dem französischen Diplomaten Joseph Noulens instruiert, wie sie sich als Repräsentanten eines sich nach „Befreiung vom preußischen Joch“ sehnenenden Volkes zu verhalten hätten. Zurück in Ostpreußen wurden sie als deutsche Staatsbürger festgenommen und des Verrates angeklagt. Nach anfänglichem Leugnen, daß sie überhaupt in Paris gewesen seien, widerriefen sie das meiste von dem, was sie in Frankreich über das Nationalgefühl der Masuren ausgesagt hatten, und gaben nun an, man habe ihnen diese Worte in den Mund gelegt. Der französische Marschall Ferdinand Foch erwirkte schließlich, daß die Anklage nur noch den illegalen Grenzübertritt und den ungerechtfertigten Anspruch betraf, für Masuren zu sprechen. Es wurde schließlich eine 18monatige Gefängnisstrafe verhängt, jedoch setzte man die Verurteilten auf französischen Druck hin bald wieder auf freien Fuß.

Weder die polnische noch die deutsche Seite waren mit der Entscheidung in Versailles zufrieden. Dmowski hatte offenbar darauf spekuliert, daß den Masuren so wenig Selbstbestimmungsrecht wie den Südtirolern und Sudetendeutschen zugestanden werden würde. Der deutsche Außenminister Brockdorff-Rantzau machte seinen Unmut darüber deutlich, daß es keinen guten Grund dafür gebe, sich an der ostpreußischen Grenze zu schaffen zu machen, die seit dem Mittelalter Bestand hätte, zumal die Menschen in Ostpreußen nie einen Anschein gegeben hätten, zu Polen gehören zu wollen. Zur Untermauerung wies er auf die letzten Kommunalwahlen hin, bei denen es in lediglich zwei Kreisen, Ortelsburg und Neidenburg, überhaupt ein einziger polnischer Abgeordneter in den

Kreistag geschafft hatte. Nur eine einzige Stadt, nämlich Gilgenburg, konnte ein propolnisches Stadtratsmitglied in ihren Reihen vorweisen. In Masuren selber war die Entrüstung entsprechend groß. Volksräte und andere Gruppen forderten teils dazu auf, sich bewaffnet gegen eine polnische Übernahme zur Wehr zu setzen und auch Regierungspräsident von Oppen drohte, daß, sollte die Reichsregierung einen Vertrag unterzeichnen, der es polnischen Truppen erlaubte, in die Abstimmungszone zu kommen, die lokale Beamenschaft und die Bevölkerung daraus schließen müßten, daß Berlin das Gebiet aufgegeben habe und man somit das Recht und die Pflicht zur Selbstverteidigung ergreifen würde.²⁵ In dieser aufgeheizten Atmosphäre begannen schließlich die Vorbereitungen auf die Volksabstimmung, die am 11. Juli 1920 aller Welt eindeutig und unverkennbar vor Augen führte, daß der Süden Ostpreußens deutsch war und deutsch bleiben wollte.



Übergabe des Abstimmungsgebietes im Gebäude des Regierungspräsidenten v. Oppen in Allenstein

Kossert vs. Blanke – eine wissenschaftliche Kontroverse

Die Monographien „Masuren. Ostpreußens vergessener Süden“ von Andreas Kossert und „Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871“ (Polnischsprachige Deutsche? Sprache und nationale Identität



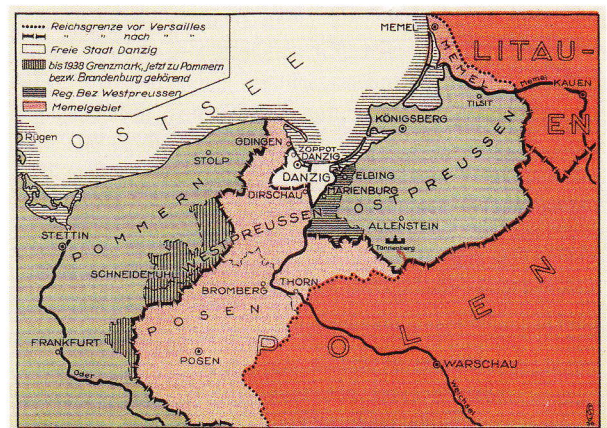
Historiker Kossert



Historiker Blanke

der Masuren seit 1871) von Richard Blanke liefern die beiden umfangreichsten Darstellungen zur Geschichte und Identität Masurens und seiner Bevölkerung seit Max Toeppens Klassiker „Geschichte Masurens“, der 1870 in Danzig erschien. Beide Autoren sind sich darin einig, daß polnische Bestrebungen in der Bevölkerung Masurens keinerlei Resonanz gefunden haben und allesamt vollständig gescheitert sind. Während Kossert, der, wie Blanke feststellt, seine Sympathie für die Region im Süden Ostpreußens nicht verheimlicht, sowohl die Vereinnahmungsversuche polnischer Nationalisten wie auch die Maßnahmen der deutschen Behörden und der evangelischen Kirche zur Stärkung des preußisch-deutschen Zusammenhalts direkt oder indirekt als illegitime Eingriffe in die kulturelle Struktur des Landes verurteilt, kommt Blanke zu dem Schluß, daß die Menschen Masurens entsprechende offizielle Entscheidungen aus verschiedenen Gründen zumeist sogar begrüßten.²⁶ Anders als Kossert charakterisiert Blanke das Vorgehen der Behörden nicht als repressiv und beurteilt es eher als begleitendes Beiwerk. Die starke Präsenz der deutschen Institutionen, die Kossert als einen entscheidenden Faktor anführt,²⁷ kann letztlich jedoch nicht als ausschlaggebend gewertet werden, da dieser Standortvorteil auch in Gebieten mit polnischen Minderheiten gegeben war, wo eine ganz andere Entwicklung stattfand als in Masuren. Auch im religiösen Bereich hatte die evangelische Amtskirche offenbar keinen uneingeschränkten Einfluß, wie nicht nur die Gromadki-Bewegung eindrucksvoll unter Beweis stellte. Daß im Bereich der staatlichen und nationalen Zugehörigkeit offensichtlich keine ähnlichen Gegenströmungen in der Bevölkerung entstanden, spricht für Blankes Auffassung, daß Kossert Gefahr läuft, „den Masuren selbst angesichts ihrer überaus klaren Option für die eine und gegen die andere Nation die Mündigkeit abzusprechen.“²⁸ Gerade auch in Anbetracht der Tatsache, daß eine deutliche Mehrheit der Masuren, vor allem auch der Schulkinder, bis zum Ersten Weltkrieg masurischsprachig geblieben war, läßt darauf schließen, daß die Stimmberechtigten bei der Volksabstimmung von 1920 sich ihrer kulturell-sprachlichen Herkunft bewußt gewesen sein müssen. Blanke folgert, daß die Entscheidung der Masuren, die hier ein eindeutiges Bekenntnis ablegten und offensichtlich nichts anderes wünschten, zu respektieren sei. Ihre besonders schnelle Hinwendung zur deutschen Kultur und Sprache während der Zeit der Weimarer Demokratie ist hierfür ein weiterer Beleg.

- 1 Andreas Kossert: Masuren. Ostpreußens vergessener Süden, Berlin 2001, S. 46.
- 2 Zitiert nach Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 86.
- 3 Max Toeppen: Geschichte Masurens. Ein Beitrag zur preußischen Landes- und Kulturgeschichte, Neudruck der Ausgabe Danzig 1870, Aalen 1979, S. 298.
- 4 Christopher Clark: Iron Kingdom. The Rise and Downfall of Prussia 1600-1947, London 2007, S. 112.
- 5 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 102-108.
- 6 Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933 (bpb-Band 385), Bonn 2006, S. 80-82.
- 7 Richard Blanke: Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Band 24), Köln u. a. 2001, S. 41.
- 8 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 152.
- 9 Zitiert nach: Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 153.
- 10 Hartmut Boockmann: Ost- und Westpreußen (=Deutsche Geschichte im Osten Europas, Band 1), Berlin 1992, S. 379.
- 11 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 181.
- 12 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 181-184.
- 13 Richard Blanke: Polish-speaking Germans? [...], S. 52.
- 14 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 198.
- 15 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 197.
- 16 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 190-192 sowie 202.
- 17 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 200.
- 18 Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 209-213.
- 19 Richard Blanke: Polish-speaking Germans? [...], S. 485f.
- 20 Zitiert nach: Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 239.
- 21 Zitiert nach: Andreas Kossert: Masuren. [...], S. 240.
- 22 Roman Dmowski „Memorandum on the Territory of the Polish State“ vom 26. März 1917, abgedruckt in: Peter D. Stachura: Poland, 1918-1945. An Interpretive and Documentary History of the Second Republic, Abingdon 2004, S. 23.
- 23 Richard Blanke: Polish-speaking Germans? [...], S. 116-118.
- 24 Richard Blanke: Orphans of Versailles. The Germans in Western Poland 1918-1939, Lexington (KY) 1993, S. 19.
- 25 Richard Blanke: Polish-speaking Germans? [...], S. 124-127.
- 26 Richard Blanke: Rezension von: Andreas Kossert: Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870-1956, Wiesbaden: Harrassowitz 2001, in: sehepunkte 2 (2002), Nr. 9 [07.05.2011], URL: <http://www.sehepunkte.de/2002/09/3257.html>
- 27 Andreas Kossert: Rezension von: Richard Blanke: Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871, Köln / Weimar / Wien: Böhlau 2001, in: sehepunkte 2 (2002), Nr. 4 [08.01.2011], URL: <http://www.sehepunkte.de/2002/04/3230.html>
- 28 Richard Blanke: Rezension von: Andreas Kossert: Preußen, Deutsche oder Polen? [...], [07.05.2011], URL: <http://www.sehepunkte.de/2002/09/3257.html>



Historische Karte